

Dieser Antrag ist für betriebliche Investitionen im Sinne des § 2 Investitionszulagengesetz 1999 zu verwenden
 – für im Kalenderjahr 2004 bzw. im Wirtschaftsjahr 2003/2004 abgeschlossene Investitionen,
 – für im Wirtschaftsjahr 2003/2004 geleistete Anzahlungen auf Anschaffungskosten und entstandene Teilerstellungskosten und
 – für im Wirtschaftsjahr 2004/2005 vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossene Investitionen.

Die Investitionszulage für Investitionen im Mietwohnungsbau im Sinne des § 3 Investitionszulagengesetz 1999 und die erhöhte Investitionszulage für Investitionen im Mietwohnungsbau im Sinne des § 3a Investitionszulagengesetz 1999 sind auf jeweils gesonderten Vordrucken zu beantragen.

Die Investitionszulage für betriebliche Investitionen im Sinne des § 2 Investitionszulagengesetz 2005 ist auf dem dafür vorgesehenen Vordruck zu beantragen.

In dem Antrag müssen die Investitionen, für die eine Investitionszulage beansprucht wird, so **genau bezeichnet** werden, dass ihre Feststellung bei einer Nachprüfung möglich ist. Der Antrag ist bei dem für die Besteuerung nach dem Einkommen zuständigen Finanzamt zu stellen. Das gilt auch in den Fällen der gesonderten Feststellung der Einkünfte; die in diesen Fällen für Zwecke der Investitionszulage erforderliche gesonderte Feststellung führt das Betriebsfinanzamt auf Grund des beim Wohnsitzfinanzamt eingereichten Antrags von Amts wegen durch. Wird eine gesonderte und einheitliche Feststellung der Einkünfte durchgeführt, ist der Antrag bei dem für diese Feststellung zuständigen Finanzamt zu stellen.

Die Investitionszulage kann vom Finanzamt erst nach Ablauf des Wirtschaftsjahrs oder Kalenderjahrs festgesetzt werden. Voraussetzung für die Festsetzung ist ein vollständig ausgefüllter Antrag.

Zutreffendes ankreuzen oder ausfüllen.

Hinweis nach den Vorschriften der Datenschutzgesetze: Die mit diesem Antrag angeforderten Daten werden auf Grund des § 88 Abgabenordnung in Verbindung mit den §§ 5 und 6 Investitionszulagengesetz 1999 erhoben.

Zelle	An das Finanzamt	Steuernummer
1	Anspruchsberechtigter	
2	Genauere Bezeichnung der ausgeübten Tätigkeiten	
3	Anschrift	Telefon
4	Gesetzlicher Vertreter / Empfangsbevollmächtigter (Name, Anschrift)	
5		

Antrag auf Investitionszulage nach § 2 Investitionszulagengesetz 1999 für betriebliche Investitionen

für das Kalenderjahr 2004 für das Wirtschaftsjahr 2003/2004

für das Wirtschaftsjahr 2004/2005

für Investitionen im Fördergebiet (Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen)

Ich beantrage eine Investitionszulage nach § 2 Investitionszulagengesetz 1999 für die auf der Seite 4 aufgeführten Investitionen. Die zum Nachweis der Angaben erforderlichen Unterlagen sind beigelegt.

– Nur im Fall einer gesonderten Feststellung der Einkünfte –

Meine betrieblichen Einkünfte werden vom Finanzamt unter der Steuernummer gesondert festgestellt.

Allgemeine Anspruchsvoraussetzungen

Mit den Investitionen wurde nach dem 24. August 1997 begonnen.

Es handelt sich nicht um Investitionen, für die in sensiblen Sektoren (Stahlindustrie, Schiffbau, Kraftfahrzeugindustrie, Kunstfaserindustrie, Landwirtschaft, Fischerei und Aquakultur, Verkehr) die Förderfähigkeit eingeschränkt oder ausgeschlossen ist.

Es handelt sich nicht um nachträgliche Herstellungsarbeiten oder Erhaltungsarbeiten.

Es handelt sich nicht um immaterielle Wirtschaftsgüter.

Bewegliche Wirtschaftsgüter

Ist mit der Anschaffung oder Herstellung beweglicher Wirtschaftsgüter vor dem 1. Januar 2000 begonnen worden, tritt im Folgenden an die Stelle des Zeitraums von fünf Jahren ein Zeitraum von drei Jahren.

Die beweglichen Wirtschaftsgüter

werden mindestens fünf Jahre nach ihrer Anschaffung oder Herstellung zum Anlagevermögen eines Betriebs oder einer Betriebsstätte im Fördergebiet gehören.

werden mindestens fünf Jahre nach ihrer Anschaffung oder Herstellung in einer Betriebsstätte im Fördergebiet verbleiben.

werden in jedem Jahr des Fünfjahreszeitraums zu nicht mehr als 10 v. H. privat genutzt.

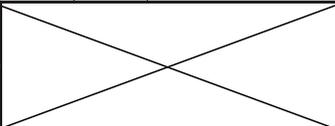
wurden in ungebrauchtem Zustand erworben oder aus ungebrauchten Teilen hergestellt.

sind keine geringwertigen Wirtschaftsgüter (§ 6 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes).

sind weder Personenkraftwagen noch Luftfahrzeuge.

Zeile	Gebäude
26	Die Gebäude, Eigentumswohnungen, im Teileigentum stehenden Räume und andere Gebäudeteile, die selbstständige unbewegliche Wirtschaftsgüter sind (Gebäude),
27	<input type="checkbox"/> befinden sich im Fördergebiet und sind in bautechnischer Hinsicht neu.
28	<input type="checkbox"/> wurden selbst hergestellt oder bis zum Ende des Jahres der Fertigstellung angeschafft, ohne dass im Fall der Anschaffung für das Gebäude von einem anderen Investitionszulage in Anspruch genommen wurde / wird.
29	Betriebe des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen
30	<input type="checkbox"/> Ich habe die Investitionen vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen.
31	<input type="checkbox"/> Die beweglichen Wirtschaftsgüter werden mindestens fünf Jahre (siehe Hinweis in Zeile 18) nach ihrer Anschaffung oder Herstellung in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes oder in Betrieben der produktionsnahen Dienstleistungen verbleiben.
32	<input type="checkbox"/> Die Gebäude (Zeile 26) werden mindestens fünf Jahre nach ihrer Anschaffung oder Herstellung in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes oder in Betrieben der produktionsnahen Dienstleistungen verwendet.
33	Der Betrieb, in dem die Wirtschaftsgüter verbleiben oder verwendet werden, gehört nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (bei Investitionsbeginn vor dem 1. Januar 2003 Ausgabe 1993), zu den
34	<input type="checkbox"/> Betrieben des verarbeitenden Gewerbes (Abteilungen 15 bis 37). <input type="checkbox"/> Betrieben der Datenverarbeitung und Datenbanken (Abteilung 72).
35	<input type="checkbox"/> Betrieben der Forschung und Entwicklung (Abteilung 73). <input type="checkbox"/> Betrieben der Markt- und Meinungsforschung (Klasse 74.13).
36	<input type="checkbox"/> Ingenieurbüros für bautechnische Gesamtplanung (Unterklasse 74.20.4). <input type="checkbox"/> Ingenieurbüros für technische Fachplanung (Unterklasse 74.20.5).
37	<input type="checkbox"/> Büros für Industrie-Design (Unterklasse 74.20.6). <input type="checkbox"/> Betrieben der technischen, physikalischen und chemischen Untersuchung (Gruppe 74.3).
38	<input type="checkbox"/> Betrieben der Werbung (Gruppe 74.4). <input type="checkbox"/> Betrieben des fotografischen Gewerbes (Unterklasse 74.81.1).
39	Zusätzliche Angaben für die erhöhte Investitionszulage für bewegliche Wirtschaftsgüter Der Betrieb des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen, in dem die Wirtschaftsgüter verbleiben, beschäftigt nicht mehr als 250 Arbeitnehmer in einem gegenwärtigen Dienstverhältnis, die Arbeitslohn oder Kurzarbeitergeld beziehen.
40	Erstinvestitionen
41	Die Investitionen dienen einem der folgenden Vorgänge:
42	<input type="checkbox"/> Errichtung einer neuen Betriebsstätte, <input type="checkbox"/> Erweiterung einer bestehenden Betriebsstätte,
43	<input type="checkbox"/> grundlegende Änderung eines Produkts oder eines Produktionsverfahrens eines bestehenden Betriebs oder einer bestehenden Betriebsstätte, <input type="checkbox"/> Übernahme eines Betriebs, der geschlossen worden ist oder geschlossen worden wäre, wenn der Betrieb nicht übernommen worden wäre.
44	Bitte machen Sie nähere Angaben hierzu auf gesondertem Blatt. Fehlende Angaben können die Festsetzung der Investitionszulage verzögern.
44	Investitionen in Betriebsstätten im Fördergebiet außerhalb des Randgebiets und der Arbeitsmarktreion Berlin
45	- Es handelt sich um Erstinvestitionen -
46	<input type="checkbox"/> Ich habe die Erstinvestitionen vor dem 1. Januar 2000 begonnen und vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen; es handelt sich um Investitionen für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen und die Voraussetzungen der Zeile 39 liegen vor (Investitionszulage 20 v. H.). - Gilt nur für bewegliche Wirtschaftsgüter -
47	<input type="checkbox"/> vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen; es handelt sich um Investitionen für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen und die Voraussetzungen der Zeile 39 liegen nicht vor (Investitionszulage 10 v. H.). - Gilt für bewegliche Wirtschaftsgüter und Gebäude -
48	<input type="checkbox"/> Ich habe die Erstinvestitionen nach dem 31. Dezember 1999 begonnen und vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen; es handelt sich um Investitionen für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen und die Voraussetzungen der Zeile 39 liegen vor (Investitionszulage 25 v. H.). - Gilt nur für bewegliche Wirtschaftsgüter -
49	<input type="checkbox"/> vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen; es handelt sich um Investitionen für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen und die Voraussetzungen der Zeile 39 liegen nicht vor (Investitionszulage 12,5 v. H.). - Gilt für bewegliche Wirtschaftsgüter und Gebäude -
50	<input type="checkbox"/> vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen; es handelt sich um Investitionen für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen und die Voraussetzungen der Zeile 39 liegen nicht vor (Investitionszulage 5 v. H.). - Gilt nur für bewegliche Wirtschaftsgüter -
51	- Es handelt sich nicht um Erstinvestitionen -
52	<input type="checkbox"/> Ich habe die Investitionen nach dem 31. Dezember 2001 und vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen; es handelt sich um Investitionen für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen und die Voraussetzungen der Zeile 39 liegen vor (Investitionszulage 5 v. H.). - Gilt nur für bewegliche Wirtschaftsgüter -
53	Investitionen in Betriebsstätten im Randgebiet (vgl. Seite 6)
54	- Es handelt sich um Erstinvestitionen -
55	<input type="checkbox"/> Ich habe die Erstinvestitionen vor dem 1. Januar 2000 begonnen und vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen; es handelt sich um Investitionen für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen und die Voraussetzungen der Zeile 39 liegen vor (Investitionszulage 20 v. H.). - Gilt nur für bewegliche Wirtschaftsgüter -
56	<input type="checkbox"/> vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen; es handelt sich um Investitionen für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen und die Voraussetzungen der Zeile 39 liegen nicht vor (Investitionszulage 10 v. H.). - Gilt für bewegliche Wirtschaftsgüter und Gebäude -
57	<input type="checkbox"/> vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen; es handelt sich um Investitionen für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen und die Voraussetzungen der Zeile 39 liegen nicht vor (Investitionszulage 10 v. H.). - Gilt für bewegliche Wirtschaftsgüter und Gebäude -
58	<input type="checkbox"/> vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen; es handelt sich um Investitionen für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen und die Voraussetzungen der Zeile 39 liegen nicht vor (Investitionszulage 10 v. H.). - Gilt für bewegliche Wirtschaftsgüter und Gebäude -

59	Ich habe die Erstinvestitionen nach dem 31. Dezember 1999 und vor dem 1. Januar 2001 begonnen und
60	vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen; es handelt sich um Investitionen für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen und die Voraussetzungen der Zeile 39 liegen vor (Investitionszulage 25 v. H.). – Gilt nur für bewegliche Wirtschaftsgüter –
61	vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen; es handelt sich um Investitionen für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen und die Voraussetzungen der Zeile 39 liegen nicht vor (Investitionszulage 12,5 v. H.). – Gilt für bewegliche Wirtschaftsgüter und Gebäude –
62	Ich habe die Erstinvestitionen nach dem 31. Dezember 2000 begonnen und
63	vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen; es handelt sich um Investitionen für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen und die Voraussetzungen der Zeile 39 liegen vor (Investitionszulage 27,5 v. H.). – Gilt nur für bewegliche Wirtschaftsgüter –
64	vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen; es handelt sich um Investitionen für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen und die Voraussetzungen der Zeile 39 liegen nicht vor (Investitionszulage 15 v. H.). – Gilt für bewegliche Wirtschaftsgüter und Gebäude –
65	– Es handelt sich nicht um Erstinvestitionen –
66	Ich habe die Investitionen nach dem 31. Dezember 2001 und vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen; es handelt sich um Investitionen für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen und die Voraussetzungen der Zeile 39 liegen vor (Investitionszulage 5 v. H.). – Gilt nur für bewegliche Wirtschaftsgüter –
67	
68	Investitionen in Betriebsstätten in der Arbeitsmarktreion Berlin (vgl. Seite 6)
69	– Es handelt sich um Erstinvestitionen –
70	Ich habe die Erstinvestitionen vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen; es handelt sich um Investitionen für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen und die Voraussetzungen der Zeile 39 liegen vor (Investitionszulage 20 v.H.). – Gilt nur für bewegliche Wirtschaftsgüter –
71	Ich habe die Erstinvestitionen vor dem 1. Januar 2000 begonnen und
72	vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen; es handelt sich um Investitionen für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen und die Voraussetzungen der Zeile 39 liegen nicht vor (Investitionszulage 10 v. H.). – Gilt für bewegliche Wirtschaftsgüter und Gebäude –
73	Ich habe die Erstinvestitionen nach dem 31. Dezember 1999 begonnen und
74	vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen; es handelt sich um Investitionen für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen und die Voraussetzungen der Zeile 39 liegen nicht vor (Investitionszulage 12,5 v. H.). – Gilt für bewegliche Wirtschaftsgüter und Gebäude –
75	Bezeichnung der Investitionen
76	Füllen Sie bitte die Spalten der Aufstellung auf Seite 4 vollständig aus und beachten Sie dabei die folgenden Hinweise:
77	zu Spalte 2: Der Begünstigungsfall ist durch einen der nachstehenden Buchstaben zu kennzeichnen: a = Anschaffung b = Herstellung c = Leistung von Anzahlungen auf Anschaffungskosten d = Teilerstellung
78	zu Spalte 3: Erstinvestitionen sind durch Ankreuzen zu kennzeichnen.
79	zu Spalte 4 a: Bei beweglichen Wirtschaftsgütern sind die Investitionen in dem Zeitpunkt begonnen, in dem die Wirtschaftsgüter bestellt oder herzustellen begonnen worden sind. Gebäude gelten in dem Zeitpunkt als bestellt, in dem über ihre Anschaffung ein rechtswirksam abgeschlossener obligatorischer Vertrag oder ein gleichstehender Rechtsakt vorliegt. Als Beginn der Herstellung gilt bei Gebäuden, für die eine Baugenehmigung erforderlich ist, der Zeitpunkt, in dem der Bauantrag gestellt worden ist; bei baugenehmigungsfreien Gebäuden, für die Bauunterlagen einzureichen sind, der Zeitpunkt, in dem die Bauunterlagen eingereicht werden.
80	zu Spalte 4 b: Bei beweglichen Wirtschaftsgütern ist Tag der Anschaffung der Tag der Betriebsbereitschaft der gelieferten Wirtschaftsgüter; bei Gebäuden der Tag des Übergangs von Besitz, Gefahr, Nutzen und Lasten. Tag der Herstellung ist der Tag der Fertigstellung. Tag der Anzahlung ist der Tag der tatsächlichen Zahlung (z.B. bei Zahlung durch Hingabe eines Schecks oder Wechsels der Tag der Einlösung bzw. Diskontierung).
81	zu Spalten 5 und 6: Die Wirtschaftsgüter sind so genau zu bezeichnen, dass ihre Feststellung bei einer Nachprüfung möglich ist. Dies gilt auch in den Fällen, in denen eine Investitionszulage für Anzahlungen auf Anschaffungskosten oder für Teilerstellungskosten beantragt wird.
82	Bei Gebäuden sind zusätzlich Angaben zu Art und Umfang der Nutzung, ggf. aufgeteilt nach Nutzflächen, und zum Nutzenden zu machen. Werden Teile des Gebäudes zu nicht begünstigten Zwecken verwendet, sind nur die auf die begünstigten Nutzungen entfallenden Anteile der Anschaffungs- oder Herstellungskosten (wenn eine direkte Zuordnung nicht möglich ist, aufgeteilt nach Nutzflächenverhältnissen) in Spalte 6 einzutragen. Entsprechende Angaben hierzu sind auf gesondertem Blatt zu machen.
83	zu Spalte 6: Abziehbare Vorsteuerbeträge sowie Preisnachlässe (Skonti, Rabatte usw.) mindern die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, Zuschüsse aus öffentlichen und privaten Mitteln sind nicht abzuziehen.
84	zu Spalte 7: Einzutragen ist der zutreffende Vorhundertersatz.
85	zu Spalten 6 und 8: Beträge sind ausschließlich in EUR einzutragen (1 EUR = 1,95583 DM). Sind bereits vor dem 1. Januar 1999 Anzahlungen auf Anschaffungskosten geleistet worden oder Teilerstellungskosten entstanden, ist in Spalte 6 bei dem Wirtschaftsgut der um diese Kosten gekürzte Betrag einzutragen. Ist für nach dem 31. Dezember 1998 geleistete Anzahlungen auf Anschaffungskosten oder entstandene Teilerstellungskosten eine Investitionszulage gewährt worden, ist ebenfalls in Spalte 6 bei dem Wirtschaftsgut der um diese Kosten gekürzte Betrag einzutragen. In beiden Fällen sind in Spalte 8 jeweils das entsprechende Kalenderjahr und die Höhe der Anzahlungen oder Teilerstellungskosten anzugeben.
86	Wird in Spalte 6 eine Investitionszulage für Anzahlungen auf Anschaffungskosten oder für Teilerstellungskosten beantragt, ist in Spalte 8 das Jahr anzugeben, in dem die entsprechenden Wirtschaftsgüter voraussichtlich angeschafft oder hergestellt werden.
87	Anzahlungen auf Anschaffungskosten und Teilerstellungskosten sind nur begünstigt, wenn die Investitionen vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossen worden sind.
88	
89	
90	

Zeile	Lage der Betriebsstätte, in der die nachstehend aufgeführten Wirtschaftsgüter verbleiben oder verwendet werden:								
91	Landkreis	PLZ	Ort	Straße					
92	Bei mehreren Betriebsstätten machen Sie bitte die Angaben für jede Betriebsstätte auf gesondertem Blatt.								
93	Lfd. Nr.	Be-günsti-gungs-fall	Erst-investi-tion	a) Tag des Investitionsbeginns b) Tag der Anschaf-fung, Herstellung oder Anzahlung	Genauere Bezeichnung des Wirtschaftsguts (Type, Fabrikations-Nr., Kfz-Kennzeichen, Lage des Gebäudes, usw.)	Anschaffungs- oder Herstel-lungskosten, Anzahlungen, Teilherstellungskosten	Investi-tions-zulage	Ergänzende Angaben bei Anzahlungen und Teilherstellungskosten	
94						EUR	v. H.	Jahr EUR	
95	1	2	3	4	5	6	7	8	
96			<input type="checkbox"/>	a) b)					
97			<input type="checkbox"/>	a) b)					
98			<input type="checkbox"/>	a) b)					
99			<input type="checkbox"/>	a) b)					
100			<input type="checkbox"/>	a) b)					
101			<input type="checkbox"/>	a) b)					
102			<input type="checkbox"/>	a) b)					
103			<input type="checkbox"/>	a) b)					
104			<input type="checkbox"/>	a) b)					
105			<input type="checkbox"/>	a) b)					
106			<input type="checkbox"/>	a) b)					
107			<input type="checkbox"/>	a) b)					
108			<input type="checkbox"/>	a) b)					
109			<input type="checkbox"/>	a) b)					
110			<input type="checkbox"/>	a) b)					
111			<input type="checkbox"/>	a) b)					
112			<input type="checkbox"/>	a) b)					
113			<input type="checkbox"/>	a) b)					
114			<input type="checkbox"/>	a) b)					
115			<input type="checkbox"/>	a) b)					
116			<input type="checkbox"/>	a) b)					
117			<input type="checkbox"/>	a) b)					
118			<input type="checkbox"/>	a) b)					
119	Weitere Angaben nach gleichem Schema auf gesondertem Blatt. Summenübertrag								
120	Summe								

Zeile	Berechnung der Investitionszulage für verarbeitendes Gewerbe und produktionsnahe Dienstleistungen				
		v.H.	Bemessungsgrundlage EUR	Investitionszulage EUR	Ct
121					
122					
123	(Zeilen 53 und 66)	5		=	
124	(Zeilen 48, 57 und 71)	10		=	
125	(Zeilen 51, 61 und 73)	12,5		=	
126	(Zeile 64)	15		=	
127	(Zeilen 46, 56 und 69)	20		=	
128	(Zeilen 50 und 60)	25		=	
129	(Zeile 63)	27,5		=	
130	Summe				

Bei der Anfertigung dieses Antrags hat mitgewirkt:

Die Investitionszulage ist auf mein dem Finanzamt benanntes Konto zu überweisen.

Ich **versichere**, dass ich die **Angaben wahrheitsgemäß** nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.

Ich werde dem Finanzamt unverzüglich **anzeigen**,

- wenn die Wirtschaftsgüter vor Ablauf von drei bzw. fünf Jahren (siehe Hinweis in Zeile 18) nach ihrer Anschaffung oder Herstellung die auf den Seiten 1 bis 3 bezeichneten Anspruchsvoraussetzungen nicht mehr erfüllen,
- wenn sich bei Wirtschaftsgütern die Anschaffungs- oder Herstellungskosten nachträglich mindern.

Mir ist **bekannt**, dass die Angabe falscher Tatsachen sowie das Unterlassen einer Anzeige über die Änderung der Verhältnisse strafrechtliche Folgen nach sich ziehen können (§§ 263, 264 Strafgesetzbuch).

Mir ist **bekannt**, dass die von mir in diesem Antrag angegebenen Tatsachen sowie die Tatsachen, die ich unverzüglich anzuzeigen habe, **subventionserhebliche Tatsachen** im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuchs sind.

Außerdem ist mir **bekannt**, dass zu den subventionserheblichen Tatsachen insbesondere etwaige Sachverhalte gehören, die durch Scheingeschäfte und Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Investitionszulage. Das gilt auch für nachträgliche Änderungen von Vereinbarungen oder Rechtshandlungen, die mit dem Ziel vorgenommen werden, den Zeitpunkt des Investitionsbeginns oder des Investitionsabschlusses in eine Zeit, die eine Investitionszulage oder eine höhere Investitionszulage bewirkt, zu verlegen, um dadurch eine Investitionszulage oder eine höhere Investitionszulage zu erlangen.

Datum, **eigenhändige** Unterschrift des Anspruchsberechtigten

Der Antrag ist bei Körperschaften **vom gesetzlichen Vertreter**, bei Personengesellschaften und Gemeinschaften **von einer zur Geschäftsführung oder Vertretung berechtigten Person** zu unterschreiben.

Aufstellung der Arbeitsmarktregion Berlin

Die Arbeitsmarktregion Berlin sind nach dem Gebietsstand vom **1. Januar 1999 (in den Grenzen der Gebietsreform zum 1. Januar 2004)** das Land Berlin und die folgenden Gemeinden und Städte des Landes Brandenburg:

Im Landkreis Barnim: Ahrensfelde-Blumberg (mit den ehemaligen Gemeinden Ahrensfelde, Blumberg, Eiche, Lindenberg und Mehrow), Stadt Bernau bei Berlin (mit den ehemaligen Gemeinden Ladeburg und Schönöw), Börnicke, Lobetal, Panketal (mit den ehemaligen Gemeinden Schwanebeck und Zepernick), Rüdnitz, Wandlitz (mit den ehemaligen Gemeinden Basdorf, Klosterfelde, Lanke, Prennen, Schönerlinde, Schönwalde und Stolzenhagen), Stadt Werneuchen (mit den ehemaligen Gemeinden Weesow, Hirschfelde, Krummensee, Schönfeld, Seefeld, Tiefensee und Willmersdorf),

im Landkreis Dahme-Spreewald: Bestensee (mit der ehemaligen Gemeinde Pätz), Diepensee, Eichwalde, Heidensee (mit den ehemaligen Gemeinden Bindow, Blossin, Dannenreich, Dolgenbrodt, Friedersdorf, Gräbendorf, Gussow, Kolberg, Prieros, Streganz und Wolzig), Stadt Königs Wusterhausen (mit den ehemaligen Gemeinden Kablow, Niederlehme, Senzig, Wernsdorf, Zeesen und Zernsdorf), Stadt Mittenwalde (mit den ehemaligen Gemeinden Brusendorf, Gallun, Motzen, Ragow, Schenkendorf, Telz und Töpchin), Schönfeld (mit den ehemaligen Gemeinden Großziethen, Kiekebusch, Selchow, Waltersdorf (Amt Schönfeld) und Waßmannsdorf), Schulzendorf, Wildau, Zeuthen,

im Landkreis Havelland: Brieselang (mit den ehemaligen Gemeinden Bredow und Zeestow), Dallgow-Döberitz (mit der ehemaligen Gemeinde Seeburg), Stadt Falkensee, Stadt Ketzin (mit den ehemaligen Gemeinden Etzin, Falkenrehde, Tremmen und Zachow), Stadt Nauen (mit den ehemaligen Gemeinden Berge, Bergerdamm, Börnicke, Groß Behnitz, Kienberg, Klein Behnitz, Lietzow, Markee, Ribbeck, Tietzow und Wachow), Retzow, Schönwalde-Glien (mit den ehemaligen Gemeinden Grünefeld, Paaren im Glien, Pausin, Perwenitz, Schönwalde, und Wansdorf), Selbelang (Ortsteil der Gemeinde Paulinenaue), Wustermark (mit den ehemaligen Gemeinden Buchow-Karpzow, Elstal, Hoppenrade, Priort),

im Landkreis Märkisch-Oderland: Stadt Altlandsberg (mit den ehemaligen Gemeinden Bruchmühle, Buchholz, Gielsdorf, Wesendahl), Fredersdorf-Vogelsdorf, Hoppegarten (mit den ehemaligen Gemeinden Dahlwitz-Hoppegarten, Hönow und Münchehofe), Neuenhagen bei Berlin, Petershagen/Eggersdorf, Rüdersdorf bei Berlin (mit den ehemaligen Gemeinden Hennickendorf, Herzfelde und Lichtenow),

Landkreis Oberhavel: Birkenwerder, Freienhagen (Ortsteil der Stadt Liebenwalde), Glienicke/Nordbahn, Stadt Hennigsdorf, Stadt Hohen Neuendorf (mit der ehemaligen Gemeinde Stolpe), Stadt Kremmen (mit den ehemaligen Gemeinden Beetz, Flatow, Groß-Ziethen, Sommerfeld, Staffelde und Hohenbruch), Leegebruch, Mühlenbecker Land (mit den ehemaligen Gemeinden Mühlenbeck, Schildow, Schönfließ und Zühlsdorf), Nassenheide (Ortsteil der Gemeinde Löwenberger Land), Neuendorf (Ortsteil der Gemeinde Löwenberger Land), Oberkrämer (mit den ehemaligen Gemeinden Bärenklau, Bötzow, Marwitz und Schwante), Stadt Oranienburg (mit den ehemaligen Gemeinden Friedrichsthal, Germendorf, Lehnitz, Malz, Schmachtenhagen, Wensickendorf und Zehlendorf), Stadt Velten,

im Landkreis Oder-Spree: Stadt Erkner, Gosen - Neu Zittau (mit den ehemaligen Gemeinden Gosen und Neu-Zittau), Grünheide (Mark) (mit den ehemaligen Gemeinden Hangelsberg, Kagel, Kienbaum, Mönchwinkel und Spreeau), Rauen, Schöneiche bei Berlin, Spreenhagen (mit den ehemaligen Gemeinden Braunsdorf, Hartmannsdorf und Markgrafpiske), Woltersdorf,

kreisfreie Stadt Potsdam (mit den ehemaligen Gemeinden Fahrland, Golm, Groß Glienicke, Marquardt, Neu Fahrland, Satzkorn, Uetz-Paaren),

im Landkreis Potsdam-Mittelmark: Stadt Beelitz (mit den ehemaligen Gemeinden Buchholz bei Beelitz, Busendorf, Elsholz, Fichtenwalde, Reesdorf, Rieben, Salzbrunn, Schäpe, Schlunkendorf, Wittbrietzen und Zauchwitz), Groß Kreutz/Ernster (mit den ehemaligen Gemeinden Bochow, Deetz, Krielow und Schmergow), Kleinmachnow, Michendorf (mit den ehemaligen Gemeinden Fresdorf, Langerwisch, Stücken, Wildenbruch und Wilhelmshorst), Nuthetal (mit den ehemaligen Gemeinden Bergholz-Rehrbrücke, Fahlhorst, Nudow, Philippsthal, Saarmund und Tremsdorf), Schwielowsee (mit den ehemaligen Gemeinden Caputh, Ferch und Geltow), Seddiner See, Stahnsdorf (mit den ehemaligen Gemeinden Güterfelde, Schenkenhorst und Sputendorf), Stadt Teltow, Stadt Werder (Havel) (mit den ehemaligen Gemeinden Bliessendorf, Derwitz, Kernitz, Glindow, Phöben, Plötzin und Töplitz),

im Landkreis Teltow-Fläming: Blankenfelde - Mahlow (mit den ehemaligen Gemeinden Dahlewitz, Groß Kienitz, Jühnsdorf und Mahlow), Großbeeren (mit den ehemaligen Gemeinden Diedersdorf und Osdorf), Stadt Ludwigsfelde (mit den ehemaligen Gemeinden Ahrensdorf und Groß Schulzendorf), Rangsdorf (mit der ehemaligen Gemeinde Groß Machnow), Stadt Trebbin (mit den ehemaligen Gemeinden Lüdersdorf, Schönhagen und Thyrow), Stadt Zossen (mit den ehemaligen Gemeinden Glienicke, Kallinchen, Nächst Neuendorf, Nunsdorf, Schöneiche und Wünsdorf).

Aufstellung des Randgebiets des Fördergebiets

Randgebiet sind nach dem Gebietsstand von **1. Januar 2001 (in den Grenzen der Gebietsreform zum 1. Januar 2004)** die folgenden Landkreise und kreisfreien Städte:

Im Land Mecklenburg-Vorpommern:

Landkreis Ostvorpommern, Landkreis Uecker-Randow, kreisfreie Stadt Greifswald, Landkreis Rügen, Landkreis Nordvorpommern, kreisfreie Stadt Stralsund,

im Land Brandenburg:

Landkreis Uckermark, Landkreis Spree-Neisse, kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder), kreisfreie Stadt Cottbus,

im Landkreis Barnim: Althüttendorf (mit der ehemaligen Gemeinde Neugrimnitz), Stadt Biesenthal (mit der ehemaligen Gemeinde Danewitz), Breydin, Britz, Chorin (mit den ehemaligen Gemeinden Brodowin und Serwest), Eberswalde, Friedrichswalde (mit der ehemaligen Gemeinde Parlow-Glambeck), Hohenfinow, Hohen- saaten, Joachimsthal, Liepe, Lunow-Stolzenhagen (mit den ehemaligen Gemeinden Lunow und Stolzenhagen), Marienwerder (mit den ehemaligen Gemeinden Ruhlsdorf und Sophienstädt), Melchow, Niederfinow, Oderberg, Parsteinsee (mit den ehemaligen Gemeinden Lüdersdorf und Parstein), Schorfheide (mit den ehemaligen Gemeinden Altenhof, Groß Schönebeck (Schorfheide) und Finowfurt), Sydower Fließ, Zerpenschleuse (Ortsteil der Gemeinde Wandlitz), Ziethen (mit den ehemaligen Gemeinden Groß-Ziethen und Klein Ziethen),

im Landkreis Märkisch-Oderland: Alt Tucheband (mit den ehemaligen Gemeinden Hathenow und Rathstock), Stadt Bad Freienwalde (Oder) (mit den ehemaligen Gemeinden Altglietzen, Bralitz, Hohenwutzen, Neuenhagen und Schiffmühle), Beiersdorf-Freudenberg (mit den ehemaligen Gemeinden Beiersdorf und Freudenberg), Bleyen-Genschmar (mit den ehemaligen Gemeinden Bleyen und Genschmar), Bliedorf, Buckow, Falkenberg (mit den ehemaligen Gemeinden Dannenberg/Mark, Falkenberg/Mark und Krüge/Gersdorf), Falkenhagen, Fichtenhöhe (mit den ehemaligen Gemeinden Alt Mahlisch, Carzig und Niederjesar), Garzau-Garzin (mit den ehemaligen Gemeinden Garzau und Garzin), Golzow, Gusow-Platkow, Heckelberg-Brunow (mit den ehemaligen Gemeinden Brunow und Heckelberg), Höhenland (mit den ehemaligen Gemeinden Leuenberg, Steinbeck und Wölsickendorf-Wollenberg), Küstriner Vorland, Lebus (mit den ehemaligen Gemeinden Mallnow und Wulkow bei Booßen), Letschin (mit den ehemaligen Gemeinden Gieshof-Zelliner Loose, Groß Neuendorf, Kiehnwerder, Kienitz, Neubarnim, Ort- wig und Sietzing), Lietzen, Lindendorf (mit den ehemaligen Gemeinden Dolgelin, Libbenichen, Neu Mahlisch und Sachsendorf), Märkische Höhe (mit den ehemali- gen Gemeinden Batzlow, Reichenberg und Ringenwalde), Stadt Müncheberg (mit den ehemaligen Gemeinden Eggersdorf/Mü., Hermersdorf/Obersdorf, Hoppe- garten/Mü., Jahnsfelde, Trebnitz und Müncheberg), Neuhardenberg (mit der ehemaligen Gemeinde Quappendorf), Neulewin (mit den ehemaligen Gemeinden Gü- stebieser Loose und Neulietzegricke), Neutrebbin, Oberbarnim (mit den ehemaligen Gemeinden Bollersdorf, Grunow, Ihlow und Klosterdorf), Oderaue (mit den ehemaligen Gemeinden Altreetz, Neuküstrinchen, Neureetz, Neurüdnitz und Zäckericker Loose), Podelzig, Prötzel, Rehfelde (mit den ehemaligen Gemeinden Werder und Zinndorf), Reichenow-Möglin, Reitwein, Stadt Seelow (mit der ehemaligen Gemeinde Werbig), Strausberg, Treplin, Vierlinden (mit den ehemaligen Gemeinden Diedersdorf, Friedersdorf, Marxdorf und Worin), Waldsiefersdorf, Stadt Wriezen (mit der ehemaligen Gemeinde Wriezener Höhe), Zechin, Zeschdorf;

im Landkreis Oder-Spree: Alt Golm, Bad Saarow-Pieskow (mit den ehemaligen Gemeinden Neu Golm, Petersdorf bei Saarow-Pieskow), Beeskow, Berkenbrück, Briesen (Mark) (mit der ehemaligen Gemeinde Biegen), Brieskow-Finkenheerd, Diensdorf-Radlow, Eisenhüttenstadt, Stadt Friedland (mit den ehemaligen Gemein- den Chosewitz, Friedland, Groß-Briesen, Groß Muckrow, Günthersdorf, Karras, Klein Muckrow, Kummerow, Leibnitz, Lindow, Niewisch, Pieskow, Schadow, Wei- chensdorf, Zeust und Reudnitz), Fürstenwalde/Spree, Groß Lindow, Grunow-Dammendorf (mit den ehemaligen Gemeinden Dammendorf und Grunow), Jacobs- dorf (mit der ehemaligen Gemeinde Sieversdorf), Langewahl, Lawitz, Madlitz-Wilmersdorf (mit den ehemaligen Gemeinden Alt Madlitz, Falkenberg und Wilmers- dorf), Mixdorf, Müllrose, Neißemünde (mit den ehemaligen Gemeinden Breslack, Coschen, Ratzdorf und Wellnitz), Neuzelle (mit den ehemaligen Gemeinden Bah- ro, Bomsdorf, Göhlen, Henzendorf, Kobbeln, Möbiskrüge, Ossendorf, Schwerzko, Steinsdorf, Streichwitz und Treppeln), Ragow-Merz (mit den ehemaligen Ge- meinden Ragow und Merz), Reichenwalde (mit den ehemaligen Gemeinden Dahmsdorf, Kolpin und Reichenwalde), Rietz-Neuendorf (mit den ehemaligen Gemein- den Ahrensdorf, Alt Golm, Birkholz, Buckow, Drahendorf, Glienicke, Görzig, Groß Rietz, Herzberg, Neubrück (Spree), Pfaffendorf, Sauen und Wilmersdorf), Schla- ubetal (mit den ehemaligen Gemeinden Bremsdorf, Fünfeichen und Kieselwitz), Siehdichum (mit den ehemaligen Gemeinden Pohlitz, Rießen und Schernsdorf), Steinhöfel (mit den ehemaligen Gemeinden Arensdorf, Beerfelde, Buchholz, Demnitz, Hasenfelde, Heinersdorf, Jänickendorf, Neuendorf im Sande, Schönfelde, Steinhöfel und Tempelberg), Stadt Storkow (Mark) (mit den ehemaligen Gemeinden Alt Stahnsdorf, Bugk, Görsdorf b. Storkow, Groß Eichholz, Groß Schauen, Keh- rigk, Kummersdorf, Limsdorf, Philadelphia, Rieplos, Schwerin, Selchow und Wochowsee), Tauche (mit den ehemaligen Gemeinden Briescht, Falkenberg, Giesens- dorf, Görsdorf b. Beeskow, Kossenblatt, Lindenberg, Mittweide, Ranzig, Stremmen, Trebatsch und Werder), Vogelsang, Wendisch Rietz, Wiesenau, Ziltendorf,

im Freistaat Sachsen:

kreisfreie Stadt Görlitz, Landkreis Niederschlesischer Oberlausitzkreis, Landkreis Löbau-Zittau, Landkreis Kamenz, Landkreis Bautzen, kreisfreie Stadt Hoyers- werda, Landkreis Vogtlandkreis, kreisfreie Stadt Plauen, Landkreis Aue-Schwarzenberg, Landkreis Annaberg, Landkreis Mittlerer Erzgebirgskreis, Landkreis Freiberg, Landkreis Weißeritzkreis, Landkreis Sächsische Schweiz, Landkreis Zwickauer Land, kreisfreie Stadt Zwickau, Landkreis Stollberg, kreisfreie Stadt Chemnitz, Landkreis Mittweida, Landkreis Meißen, kreisfreie Stadt Dresden,

im Freistaat Thüringen:

Landkreis Saale-Orla-Kreis, Landkreis Greiz.

Erläuterungen

zum Antrag auf Investitionszulage nach § 2 Investitionszulagengesetz 1999 für betriebliche Investitionen für das Kalenderjahr 2004 und die Wirtschaftsjahre 2003/2004 und 2004/2005

I. Anspruchsberechtigte

Die Investitionszulage wird unbeschränkt und beschränkt Steuerpflichtigen im Sinne des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes gewährt, die begünstigte Investitionen (vgl. Abschnitt II und III) vornehmen.

Bei Gesellschaften (z.B. bei Offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften, atypisch stillen Gesellschaften und Gesellschaften bürgerlichen Rechts) und Gemeinschaften (z.B. Erbengemeinschaften) sind nicht die Gesellschafter oder Mitglieder der Gemeinschaft, sondern ist die Gesellschaft oder Gemeinschaft anspruchsberechtigt.

Zu den Steuerpflichtigen im Sinne des Körperschaftsteuergesetzes gehören neben Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung auch Genossenschaften und wirtschaftliche Vereine. Anspruchsberechtigt sind auch Vermietungsgenossenschaften und -vereine im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 10 des Körperschaftsteuergesetzes. Andere Körperschaftsteuerpflichtige, die nach § 5 des Körperschaftsteuergesetzes z.B. wegen Verfolgung kirchlicher, gemeinnütziger oder mildtätiger Zwecke von der Körperschaftsteuer befreit sind, sind anspruchsberechtigt, soweit sie einen steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb mit Einkünften im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 des Einkommensteuergesetzes unterhalten.

In den Fällen einer Gesamtrechtsnachfolge tritt der Rechtsnachfolger hinsichtlich der Anspruchsberechtigung in die Stellung seines Rechtsvorgängers ein, soweit nicht der Rechtsvorgänger die Investitionszulage zulässigerweise beantragt hat.

II. Begünstigte bewegliche Wirtschaftsgüter

Begünstigte Investitionen sind die Anschaffung und die Herstellung von neuen abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die mindestens fünf Jahre nach ihrer Anschaffung oder Herstellung

1. zum Anlagevermögen eines Betriebs oder einer Betriebsstätte im Fördergebiet gehören,
2. in einer Betriebsstätte im Fördergebiet verbleiben,
3. in jedem Jahr zu nicht mehr als 10 Prozent privat genutzt werden,
4. in einem Betrieb des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen verbleiben (vgl. Abschnitt V) und
5. nicht in einem Betrieb im Bereich eines sensiblen Sektors verbleiben, in dem die Förderfähigkeit ausgeschlossen ist (vgl. Abschnitt II letzter Absatz).

Beträgt die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer eines Wirtschaftsguts weniger als fünf Jahre, tritt diese Nutzungsdauer an die Stelle des Zeitraums von fünf Jahren. Bei Investitionsbeginn vor dem 1. Januar 2000 tritt an die Stelle des Fünfjahreszeitraums ein Zeitraum von drei Jahren.

Neu ist ein angeschafftes Wirtschaftsgut, wenn es in ungebrauchtem Zustand erworben wird. Ein selbst hergestelltes Wirtschaftsgut ist als neu anzusehen, wenn der Teilwert bei der Herstellung verwendeter gebrauchter Wirtschaftsgüter 10 Prozent des Teilwerts des hergestellten Wirtschaftsguts nicht übersteigt.

Zu den **abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern** gehören z.B.

- Maschinen und Ausrüstungsgegenstände,
- Betriebsvorrichtungen (auch als wesentliche Bestandteile von Gebäuden),
- Transportmittel und
- Bürogegenstände.

Die Wirtschaftsgüter müssen zum **Anlagevermögen** gehören, also dazu bestimmt sein, einem Betrieb dauernd zu dienen. Diese Voraussetzung muss während des Drei- bzw. Fünfjahreszeitraums ununterbrochen erfüllt sein. Hat ein Anspruchsberechtigter Betriebsstätten innerhalb und außerhalb des Fördergebiets und bleiben die Wirtschaftsgüter nicht körperlich in einer Betriebsstätte des Anspruchsberechtigten im Fördergebiet (z.B. Transportmittel und Baugeräte), können diese Wirtschaftsgüter nur dann dem Anlagevermögen einer Betriebsstätte im Fördergebiet zugeordnet werden, wenn die Erträge aus diesen Wirtschaftsgütern durch diese Betriebsstätte erwirtschaftet werden.

Für das **Verbleiben** ist es erforderlich, dass eine dauerhafte räumliche Beziehung des Wirtschaftsguts zu einer Betriebsstätte im Fördergebiet besteht und das Wirtschaftsgut nur innerhalb des Fördergebiets eingesetzt wird. Bei Wirtschaftsgütern, die ihrer Art nach nicht dazu bestimmt und geeignet sind, im räumlich abgegrenzten Bereich einer Betriebsstätte eingesetzt zu werden (z.B. bei Messeständen, Film- und Fernsehkameras), ist die Voraussetzung des Verbleibens erfüllt, wenn sie in jedem Jahr des Drei- bzw. Fünfjahreszeitraums nicht länger als insgesamt einen Monat außerhalb des Fördergebiets eingesetzt werden. Bei Transportmitteln und Baugeräten bestehen außerdem besondere Regelungen bezüglich der Verbleibensdauer außerhalb des Fördergebiets.

In jedem Jahr des Drei- bzw. Fünfjahreszeitraums darf die private Nutzung des Wirtschaftsguts nicht mehr als 10 Prozent der gesamten Nutzung betragen. Es ist nicht erforderlich, dass das Wirtschaftsgut in einer Betriebsstätte des Anspruchsberechtigten verbleibt. Die Veräußerung oder die Nutzungsüberlassung eines Wirtschaftsguts ist deshalb unschädlich, so lange das Wirtschaftsgut zum Anlagevermögen irgendeiner Betriebsstätte im Fördergebiet gehört und in einer Betriebsstätte eines Betriebs des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen im Fördergebiet verbleibt (vgl. Abschnitt V).

Die Wirtschaftsgüter sind nur begünstigt, soweit in sensiblen Sektoren die Förderfähigkeit nicht eingeschränkt oder ausgeschlossen ist. Hierfür maß-

gebend ist der Betrieb, in dem die Wirtschaftsgüter innerhalb des Drei- bzw. Fünfjahreszeitraums verbleiben (vgl. Zeile 15 des Antragsvordrucks).

III. Begünstigte Gebäude

Begünstigte Investitionen sind die Anschaffung und die Herstellung von neuen Gebäuden, Eigentumswohnungen, im Teileigentum stehender Räume und anderer Gebäudeteile, die selbstständige unbewegliche Wirtschaftsgüter sind (im Folgenden als Gebäude bezeichnet). Die Anschaffung ist nur begünstigt, wenn sie bis zum Ende des Jahres der Fertigstellung des Gebäudes erfolgt und bisher für das Gebäude keine Investitionszulage in Anspruch genommen wurde. Begünstigt sind Gebäude nur, soweit es sich um Erstinvestitionen (vgl. Abschnitt VII) handelt.

Die Gebäude müssen sich im Fördergebiet befinden und mindestens fünf Jahre nach ihrer Anschaffung oder Herstellung in einem Betrieb des verarbeitenden Gewerbes oder der produktionsnahen Dienstleistungen verwendet werden (vgl. Abschnitt V). Es ist nicht erforderlich, dass sie zum Betriebsvermögen gehören.

Die Gebäude sind nur begünstigt, soweit in sensiblen Sektoren die Förderfähigkeit nicht eingeschränkt oder ausgeschlossen ist. Hierfür maßgebend ist der Betrieb, in dem die Gebäude innerhalb des Fünfjahreszeitraums verwendet werden (vgl. Zeile 15 des Antragsvordrucks).

Ein **neues Gebäude** liegt dann vor, wenn

- ein in bautechnischer Hinsicht neues Gebäude hergestellt wird,
- durch Baumaßnahmen an einem bestehenden Bauwerk erstmals ein Gebäudeteil hergestellt wird, der nicht in einem Nutzungs- und Funktionszusammenhang mit bereits vorhandenen Gebäudeteilen steht, oder
- durch die Baumaßnahmen ein Gebäudeteil hergestellt wird, an dem erstmals Wohnungs- oder Teileigentum begründet wird.

IV. Nicht begünstigte Wirtschaftsgüter

Nicht begünstigt sind geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne des § 6 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes, Luftfahrzeuge und Personenkraftwagen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne des § 6 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes sind Wirtschaftsgüter, die einer selbstständigen Nutzung fähig sind und deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten 410 Euro nicht übersteigen. Dabei sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag zu kürzen, unabhängig davon, ob der Vorsteuerbetrag bei der Umsatzsteuer tatsächlich abgezogen werden kann.

Personenkraftwagen sind Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bauart und Ausstattung zur Beförderung von nicht mehr als neun Personen (einschließlich Fahrer) geeignet und bestimmt sind. Für die Abgrenzung des Personenkraftwagens von anderen Kraftfahrzeugen gilt grundsätzlich die erste Eintragung im Kraftfahrzeugbrief.

Eine Investitionszulage wird auch nicht gewährt für

1. die Anschaffung oder Herstellung
 - immaterieller Wirtschaftsgüter (z.B. Rechte, Patente, Lizenzen und Computerprogramme),
 - von beweglichen Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens,
 - von Grund und Boden, Außenanlagen,
2. nachträgliche Herstellungsarbeiten (z.B. Substanzverbesserungen) und Erhaltungsarbeiten an sämtlichen schon bestehenden Wirtschaftsgütern.

V. Begünstigte Wirtschaftszweige

Begünstigt sind

- Betriebe des verarbeitenden Gewerbes und
- Betriebe der produktionsnahen Dienstleistungen.

Betriebe des verarbeitenden Gewerbes, die gleichzeitig Handwerksbetriebe sind, können die Investitionszulage für Investitionen in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes beanspruchen (z.B. Bäckerbetriebe, Fleischerbetriebe).

VI. Bemessungsgrundlage

Bemessungsgrundlage für die Investitionszulage ist die Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten der im Wirtschaftsjahr abgeschlossenen begünstigten Investitionen, soweit sie die vor dem 1. Januar 1999 geleisteten Anzahlungen auf Anschaffungskosten und entstandenen Teilerstellungskosten übersteigen. Wurde bereits für die Vorjahre eine Investitionszulage für Anzahlungen oder Teilerstellungskosten gewährt, sind diese von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten des Kalenderjahrs 2004 bzw. der Wirtschaftsjahre 2003/2004 oder 2004/2005 abzuziehen.

Anschaffungskosten sind alle Aufwendungen, die geleistet werden, um ein Wirtschaftsgut zu erwerben und es in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen. Zu den Anschaffungskosten gehören der Anschaffungspreis und die Nebenkosten der Anschaffung, soweit sie dem Wirtschaftsgut einzeln zugeordnet werden können. Nicht dazu gehören die Finanzierungskosten (z.B. Kreditkosten, Teilzahlungszuschläge).

Herstellungskosten sind alle Aufwendungen, die durch den Verbrauch von Gütern und die Inanspruchnahme von Diensten für die Herstellung des Wirtschaftsguts entstehen. Dazu gehören z.B. Materialkosten und Fertigungskosten.

Ein Vorsteuerbetrag gehört nicht zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, soweit er bei der Umsatzsteuer abgezogen werden kann.

VII. Investitionszulagensätze, Investitionsbeginn, Investitionsabschluss

Die Höhe des Investitionszulagensatzes hängt davon ab

- zu welchen Zeitpunkten die Investitionen begonnen und abgeschlossen wurden,
- ob es sich um Erstinvestitionen oder um andere Investitionen handelt,
- ob es sich um Investitionen im Randgebiet, in der Arbeitsmarktregion Berlin oder im übrigen Fördergebiet handelt.

Investitionen, mit denen vor dem 25. August 1997 begonnen wurde, sind nicht begünstigt. **Nach dem Investitionszulagengesetz 1999 ausgeschlossen sind Investitionen, wenn sie nach dem 31. Dezember 2004 abgeschlossen werden.** Die in diesen Fällen vor dem 1. Januar 2005 geleisteten Anzahlungen auf Anschaffungskosten und entstandenen Teilerstellungskosten sind daher nicht begünstigt. Bei nach dem 24. März 2004 begonnenen und nach dem 31. Dezember 2004 abgeschlossenen Investitionen kann eine Investitionszulage nach § 2 Investitionszulagengesetz 2005 auf gesondertem Vordruck beantragt werden.

Zum Begriff der Erstinvestition vgl. Zeilen 40 ff. des Antragsvordrucks. Bei der langfristigen Überlassung von Wirtschaftsgütern an andere kommt es für die Abgrenzung der Erstinvestitionen zu anderen Investitionen auf die Verhältnisse desjenigen an, bei dem die Wirtschaftsgüter verblieben sind.

Betriebe des verarbeitenden Gewerbes und der produktionsnahen Dienstleistungen sind mit einer erhöhten Investitionszulage begünstigt, wenn sie nicht mehr als 250 Arbeitnehmer beschäftigen. Diese Voraussetzung muss zu Beginn des Wirtschaftsjahrs der Investitionsabschlusses erfüllt werden. Werden bewegliche Wirtschaftsgüter während des Drei- bzw. Fünfjahreszeitraums in einen anderen Betrieb überführt, ist die Zahl der Arbeitnehmer maßgebend, die der übernehmende Betrieb zu Beginn des Wirtschaftsjahrs der Übernahme beschäftigt. Dies gilt entsprechend, wenn ein Gebäude während des Fünfjahreszeitraums von einem anderen Betrieb verwendet wird.

Die Investitionszulage beträgt bei **Erstinvestitionen** zwischen 10 und 27,5 Prozent der Bemessungsgrundlage. Zu den unterschiedlichen Investitionszulagensätzen vgl. Zeilen 46 bis 51, 56 bis 64 und 69 bis 73 des Antragsvordrucks. Die Investitionszulage beträgt bei anderen Investitionen für die Anschaffung oder Herstellung von beweglichen Wirtschaftsgütern 5 Prozent der Bemessungsgrundlage, wenn der Betrieb nicht mehr als 250 Arbeitnehmer beschäftigt (vgl. Zeilen 53 und 66 des Antragsvordrucks).

Investitionen sind in dem Zeitpunkt begonnen, in dem die Wirtschaftsgüter bestellt oder herzustellen begonnen worden sind. Investitionen sind in dem Zeitpunkt abgeschlossen, in dem die Wirtschaftsgüter angeschafft oder hergestellt worden sind. Bei der Herstellung von Gebäuden, für die eine Baugenehmigung erforderlich ist, gilt der Zeitpunkt, in dem der Bauantrag gestellt worden ist, als Investitionsbeginn. Bei baugenehmigungsfreien Bauvorhaben, für die Bauunterlagen einzureichen sind, gilt als Investitionsbeginn der Zeitpunkt, in dem die Bauunterlagen eingereicht wurden.

Anschaffung ist der entgeltliche Erwerb eines Wirtschaftsguts von einem Dritten. Der Zeitpunkt der Anschaffung ist der Zeitpunkt der Lieferung. Wird ein geliefertes Wirtschaftsgut erst durch eine Montage in einen betriebsbereiten Zustand versetzt, so ist das Wirtschaftsgut erst mit der Beendigung der Montage angeschafft. Wirtschaftsgüter, deren Einsatz einer behördlichen Genehmigung bedarf (z.B. TÜV-Abnahme), sind grundsätzlich in dem Zeitpunkt angeschafft, in dem die Genehmigung erteilt ist. Zeitpunkt der Anschaffung eines Gebäudes ist der Zeitpunkt des Übergangs von Besitz, Gefahr, Nutzen und Lasten. Die Überführung eines Wirtschaftsguts aus dem Umlauf- oder dem Privatvermögen in das Anlagevermögen ist keine Anschaffung.

Herstellung ist die Schaffung eines bisher nicht bestehenden Wirtschaftsguts durch den Anspruchsberechtigten. Sie ist abgeschlossen, wenn das Wirtschaftsgut fertig gestellt ist, d.h. seiner Zweckbestimmung entsprechend genutzt werden kann.

VIII. Randgebiet

Das Randgebiet besteht aus bestimmten Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden des Fördergebiets in der Grenzregion zu Polen und Tschechien. Die genaue Gebietsabgrenzung ergibt sich aus der Auflistung auf Seite 6 des Antragsvordrucks. Die erhöhten Investitionszulagen für Erstinvestitionen im Randgebiet erfordern, dass bewegliche Wirtschaftsgüter während des Fünfjahreszeitraums in einer Betriebsstätte im Randgebiet verbleiben. Wird ein bewegliches Wirtschaftsgut während des Fünfjahreszeitraums in eine Betriebsstätte außerhalb des Randgebiets überführt, mindert sich die Investitionszulage auf den Investitionszulagensatz, der bestanden hätte, wenn das bewegliche Wirtschaftsgut von vornherein in der Betriebsstätte außerhalb des Randgebiets verblieben wäre.

IX. Arbeitsmarktregion Berlin

Die Arbeitsmarktregion Berlin besteht aus dem Land Berlin und den umliegenden Städten und Gemeinden des Landes Brandenburg. Die genaue Gebietsabgrenzung ergibt sich aus der Auflistung auf Seite 6 des Antragsvordrucks. Für Investitionen in der Arbeitsmarktregion Berlin kommt eine Investitionszulage nur in Betracht, wenn es sich um Erstinvestitionen handelt. Die erhöhte Investitionszulage ist auf 20 Prozent der Bemessungsgrundlage begrenzt.

X. Auswirkungen der Investitionszulage auf die Besteuerung des Anspruchsberechtigten

Die Investitionszulage gehört nicht zu den Einkünften im Sinne des Einkommensteuergesetzes. Sie mindert nicht die Bemessungsgrundlage für die Absetzungen für Abnutzung.

XI. Antragsverfahren

Die Investitionszulage wird **auf Antrag** für die begünstigten Investitionen des Wirtschaftsjahrs festgesetzt, wenn die Wirtschaftsgüter zu einem Betriebsvermögen gehören. Ansonsten muss sich der Antrag auf die begünstigten Investitionen im Kalenderjahr beziehen.

Der Antrag ist nach **amtlichem Vordruck** bei dem für die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer **zuständigen Finanzamt** zu stellen. Das gilt auch in den Fällen der gesonderten Feststellung. Im Fall der gesonderten und einheitlichen Feststellung der Einkünfte ist der Antrag bei dem für die Feststellung zuständigen Finanzamt zu stellen. Bei der atypisch stillen Gesellschaft hat der Inhaber des Handelsgeschäfts den Antrag bei dem für die Feststellung zuständigen Finanzamt zu stellen. Der Antrag ist nur wirksam, wenn er vom Anspruchsberechtigten **eigenhändig** unterschrieben worden ist.

Der Antrag kann innerhalb der vierjährigen Festsetzungsfrist gestellt werden. Diese beginnt mit Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Investitionen abgeschlossen wurden. Bei vom Kalenderjahr abweichendem Wirtschaftsjahr beginnt die Festsetzungsfrist mit Ablauf des Kalenderjahrs, in dem das Wirtschaftsjahr endet, in dem die Investitionen abgeschlossen wurden. Der Antrag für das Kalenderjahr 2004 bzw. Wirtschaftsjahr 2003/2004 kann deshalb bis zum 31. Dezember 2008 gestellt werden. Der Antrag für das Wirtschaftsjahr 2004/2005 kann bis zum 31. Dezember 2009 gestellt werden.

In dem Antrag sind die Investitionen, für die eine Investitionszulage beantragt wird, **so genau zu bezeichnen**, dass ihre Feststellung bei einer Nachprüfung möglich ist.

In dem Antrag sind außerdem alle weiteren Anspruchsvoraussetzungen, insbesondere die Anschaffungs- oder Herstellungskosten der begünstigten Investitionen anzugeben, für die eine Investitionszulage beantragt wird. Diese Angaben können auch nachgeholt, ergänzt oder berichtigt werden, solange für das Wirtschafts- oder Kalenderjahr ein Investitionszulagenbescheid noch nicht erteilt ist oder nach den verfahrensrechtlichen Vorschriften noch geändert werden kann. Sind in dem Antrag Wirtschaftsgüter des Wirtschafts- oder Kalenderjahrs nicht aufgeführt, so kann unter den selben Voraussetzungen ein entsprechender Antrag nachgeholt werden.

Ein Antrag auf Investitionszulage für das Jahr des Abschlusses der Investition ist auch dann erforderlich, wenn die Anschaffungskosten oder Herstellungskosten nicht über die Anzahlungen auf Anschaffungskosten oder Teilerstellungskosten, für die bereits eine Investitionszulage gewährt worden ist, hinausgehen.

XII. Gesondertes Feststellungsverfahren

Zuständig für die Festsetzung und Auszahlung der Investitionszulage ist bei natürlichen Personen das jeweilige Wohnsitzfinanzamt. Werden die betrieblichen Einkünfte von einem anderen Finanzamt gesondert festgestellt, ist auch für Zwecke der Investitionszulage ein Feststellungsverfahren zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage und der Investitionszulagensätze durchzuführen. Dieses Feststellungsverfahren wird von Amts wegen auf Grund des Antrags auf Investitionszulage durchgeführt. Darüber ergeht ein gesonderter Feststellungsbescheid. Eventuelle Einwendungen gegen die festgestellte Bemessungsgrundlage und die Investitionszulagensätze sind im Einspruchsverfahren gegen diesen Feststellungsbescheid vorzubringen.

XIII. Festsetzung und Auszahlung der Investitionszulage

Die Investitionszulage wird nach Ablauf des Kalenderjahrs oder des Wirtschaftsjahrs vom Finanzamt in einem Bescheid festgesetzt und innerhalb von einem Monat nach Bekanntgabe des Bescheids ausgezahlt. Der Anspruchsberechtigte kann den Bescheid mit dem Rechtsbehelf des Einspruchs anfechten.

XIV. Rückzahlung der Investitionszulage

Entfallen für ein Wirtschaftsgut nach Bescheiderteilung die Anspruchsvoraussetzungen oder wird festgestellt, dass sie von Anfang an nicht vorgelegen haben, wird der Investitionszulagenbescheid aufgehoben oder zu Ungunsten des Anspruchsberechtigten geändert. Die Rückzahlung muss in der Regel innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Aufhebungs- oder Änderungsbescheids erfolgen.

Der Rückforderungsanspruch ist zu verzinsen. Der Zinslauf beginnt, sofern die Anspruchsvoraussetzungen von Anfang an nicht vorgelegen haben, am Tag der Auszahlung der Investitionszulage, bei späterem Wegfall der Anspruchsvoraussetzungen am Tag des Wegfalls. Die Zinsen betragen für jeden vollen Monat 0,5 Prozent des auf volle 50 EUR abgerundeten Betrags.

Wird die Investitionszulage nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstags zurückgezahlt, entstehen Säumniszuschläge. Sie betragen für jeden angefangenen Monat der Säumnis 1 Prozent des rückständigen auf volle 50 EUR abgerundeten Betrags.

XV. Auskünfte

Weitere Einzelheiten zur Anwendung des § 2 des Investitionszulagengesetzes 1999 können Sie dem Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 28. Juni 2001 (Bundessteuerblatt 2001 Teil I S. 379, Internet: www.bundesfinanzministerium.de) entnehmen. Auskünfte können Ihnen die Angehörigen der steuerberatenden Berufe und die Finanzämter erteilen.